

**Schriften zum Völkerrecht**

---

**Band 129**

# **Die Haftung der Staaten für Privatpersonen nach Völkerrecht**

**Von**

**Joachim Wolf**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**JOACHIM WOLF**

**Die Haftung der Staaten für Privatpersonen  
nach Völkerrecht**

**Schriften zum Völkerrecht**  
**Band 129**

# **Die Haftung der Staaten für Privatpersonen nach Völkerrecht**

**Von**

**Joachim Wolf**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Wolf, Joachim:**

Die Haftung der Staaten für Privatpersonen nach Völkerrecht /  
von Joachim Wolf . – Berlin : Duncker und Humblot, 1997  
(Schriften zum Völkerrecht ; Bd. 129)  
Zugl.: Saarbrücken, Univ., Habil.-Schr., 1992  
ISBN 3-428-08682-1

Alle Rechte vorbehalten

© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0582-0251  
ISBN 3-428-08682-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

*Loammi,  
Ernst-Hendrik  
und  
Paul-Gabriel*



## Vorwort

Schon zweimal in diesem Jahrhundert war umfangreichen Arbeiten zur Kodifizierung des Rechts der Staatenhaftung nach Völkerrecht kein Erfolg beschieden. Über bloße Entwürfe sind weder die Kodifikationskonferenz des Völkerbundes aus dem Jahre 1930 noch nach dem 2. Weltkrieg das erste ILC-Projekt über die Verantwortlichkeit der Staaten für Unrechtshandlungen auf ihrem Territorium gegenüber Ausländern hinausgelangt. Nunmehr drohen auch die beiden Folgeprojekte der ILC, das im Jahre 1963 neu aufgenommene Projekt über die Kodifizierung der allgemeinen Regeln der Staatenverantwortlichkeit und die im Jahre 1973 in Angriff genommenen Arbeiten über die Haftung der Staaten für Schadensfolgen aus nicht völkerrechtswidrigen Tätigkeiten, im Ergebnis fehlzuschlagen. Je weiter sich diese Arbeiten ihrem Ende nähern, je deutlicher zeigt sich: Weder das ILC-Projekt über die Staatenverantwortlichkeit noch das Projekt über die Staatenhaftung für Schadensfolgen aus nicht völkerrechtswidrigen Tätigkeiten weisen einen konzeptionell tragfähigen Ansatz auf, der die Rechtslage *de lege lata* erfaßt und für Anpassungen an die sich - vor allem im Umweltrecht - rasch weiterentwickelnde Materie offen bleibt.

Tatsächliche Gründe für diese zielgefährdenden Defizite liegen zum einen in den Verwerfungen der Staatenwelt durch zwei Weltkriege, die ideologiefreie haftungsrechtliche Konzepte in diesem Jahrhundert über weite Strecken verhindert haben. Zum anderen wird immer deutlicher, in welchem Maße sich die Staaten sowohl intern als auch in ihrem Verhältnis zueinander im Zuge der weltweiten Entwicklungen verändert haben und weiter verändern. Aus politisch wie wirtschaftlich eher geschlossenen Gebilden mit strikten Souveränitätsansprüchen werden zunehmend Verwalter gemeinsamer Ziele, gestützt auf regionale und in steigendem Umfang auch auf globale Konventionen, Abkommen und Vereinbarungen. Diese Entwicklung beruht auf der im UN-System verankerten globalen Nachkriegsordnung und dem hiermit auf nationaler Ebene korrespondierenden Verfassungskonzept offener Demokratien. Für die neuen grenzüberschreitenden und internationalen Ordnungsaufgaben, die sich aus der schrittweisen Durchsetzung globaler Mobilität von Bevölkerungen und privaten Wirtschaftsunternehmen sowie aus der Freisetzung weltweiter Wirtschafts- und Kapitalströme von staatlichen Beschränkungen ergeben, lassen sich aus dem UN-System nur unvollständige Lösungen ableiten.



Schwerpunktmäßig bleiben durch die Internationalisierungsentwicklungen verschärften Ordnungs- und Regelungsaufgaben in der nationalen und in der kooperativen Verantwortung der Staaten. Die Bewältigung des internationalen Terrorismus, die internationale Kriminalitätsbekämpfung, die Sicherheit vor Fremdenhaß und systematischer Ausländerfeindlichkeit und, nicht zuletzt, die Wahrung natürlicher Lebensgrundlagen durch Einbeziehung grenzüberschreitenden und internationalen Umweltschutzes stehen hierbei im Vordergrund. Zur Struktur internationalisierter Regelungs- und Verwaltungsaufgaben der Staaten auf diesen Gebieten gehört eine grundlegend veränderte Stellung von Privatpersonen, seien es Einzelpersonen oder Unternehmen. Während Privatpersonen im klassischen zwischenstaatlichen Verkehr allenfalls vereinzelt vorkamen, sind sie nunmehr Ausgangspunkt und in zunehmendem Maße Mittelpunkt neuartiger Aufgaben- und Verantwortungsbeziehungen. Neuartig ist hierbei weniger die Art der Aufgabenstellung als ihre Dimension. Sie ist unmittelbare Folge erweiterter Möglichkeiten und Rechte der Privatperson im internationalen Verkehr.

Die Dimension dieser tatsächlichen Veränderungen im Verhältnis von Staaten und Privatpersonen wird in den Kodifikationsarbeiten der ILC nicht hinreichend berücksichtigt. Alle Haftungsbeziehungen zwischen Staaten dem einen und umfassenden „Prinzip“ zu unterstellen, daß, wer selbst Völkerrecht verletze, auch die rechtlichen Verletzungsfolgen zu tragen habe, ist inhaltlos und tautologisch. Diesem „Prinzip“ wird, wiederum durch rein theoretische Deduktion, der Komplex einer Staatenhaftung ohne Völkerrechtsverletzung gegenübergestellt. Dabei entstehen grundlegende Schwierigkeiten: von der Abstraktionshöhe rein sekundärrechtlicher Regeln her ist der Komplex einer Staatenverantwortlichkeit für Völkerrechtsverletzungen nicht kodifizierbar. Die Ableitung eines gesonderten Kodifikationsprojekts, einer Staatenhaftung ohne Verantwortlichkeit, aus diesem abstrakten Ansatz stimmt bereits im Ausgangspunkt nicht mit der Rechtslage *de lege lata* überein. *De lege ferenda* bedeutete sie einen Rückschritt. Denn die wichtigste Haftungsart, die Haftung der Staaten für mangelnde „*due diligence*“, findet systematisch weder im ILC-Projekt der Staatenverantwortlichkeit noch in demjenigen der Staatenhaftung ohne Verantwortlichkeit ihren gesicherten Platz.

Die Staatenpraxis spricht demgegenüber eine andere, weit modernere Sprache. Auf ihr liegt, nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der Völkerrechtstheorie und den Kodifikationsprojekten der ILC, der Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung. Er wird seinerseits dominiert von den Entwicklungen im Umweltvölkerrecht. Das wesentliche Ergebnis aller untersuchten Bereiche der Staatenpraxis vom herkömmlichen Fremdenrecht, über seine Weiterentwicklung im Flüchtlingsrecht und in den Menschenrechtskonventionen, dem

Schutz ausländischer Diplomaten und Missionen, der völkerrechtlich verbotenen Gewaltanwendung durch Privatpersonen, bis hin zum grenzüberschreitenden und internationalen Umweltschutz, ist die Herausbildung einzelner Haftungsregeln, die von den materiellen Grundregeln der betreffenden Materien geprägt sind. Wichtigste Haftungsart ist hierbei übereinstimmend die „due diligence“-Haftung der Staaten, die gattungsmäßig ihrerseits ein flexibles Haftungskonzept darstellt. Seine Bandbreite reicht, je nach Ausgestaltung der haftungsrechtlichen „due diligence“-Anforderungen, von der deliktischen Haftung für Völkerrechtsverletzungen bis hin zur Gefahrtragungshaftung für Zufallschäden. Der Entwicklung im modernen Völkerrecht entsprechend ist die Struktur dieser Haftungsregeln funktionsbezogen und nicht aktionsbezogen.

Die vorliegende Untersuchung wurde von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes im Jahre 1992 als Habilitationsschrift angenommen. Aufgrund der Tragweite der Rio-Konferenz aus demselben Jahr für den Schwerpunkt der Untersuchung, das globale Umweltrecht, wurden die Ergebnisse dieser Konferenz sowie die Grundzüge der anschließenden Implementierungsdiskussion bis Ende 1996 nachträglich eingearbeitet. Meinem verehrten akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. Dr. Dr. h. c. mult. Georg Ress, danke ich sehr herzlich für die Anregung des Themas und für die langjährige begleitende Unterstützung. In Herrn Ress, in Herrn Professor Dr. Wilfried Fiedler, dem ich ebenso herzlich für die Erstellung des Zweitgutachtens danke, wie in der gesamten Saarbrücker Fakultät, habe ich große, ermutigende wissenschaftliche Weiträumigkeit erfahren. Sie war mehr als nur eine Förderung, sie war eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der gesamten Arbeit.

Erstellt wurde die Untersuchung während meiner Zeit als Referent am Heidelberger Max Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Meine schwerpunktmäßige Referentätigkeit in dieser Zeit für die Vereinten Nationen und das internationale Wirtschaftsrecht war eine glückliche thematische Verbindung zu den komplexen Anwendungsbereichen im Recht der Staatenhaftung. Für die glänzenden und großzügig gewährten Arbeitsmöglichkeiten am Heidelberger Institut danke ich den Direktoren. In den Dank schließe ich die früheren Direktoren, die Herren Professoren Dr. Dr. h. c. Rudolf Bernhardt und Dr. Dr. h. c. Karl Doehring ein, denen ich verbunden bleibe. Ein Rückblick auf die Heidelberger Zeit wäre unvollständig ohne Erwähnung der Freunde unter den weltweit vertretenen ausländischen Gästen und unter den Referenten, von denen bereits einige vor mir und mit mir den Weg zurück an die Universitäten in Deutschland bzw. im europäischen Ausland gegangen sind. Die Vielfalt der Anregungen aus dieser Zeit für die eigene wissenschaftliche Arbeit

kann hier nur insgesamt hervorgehoben, nicht im einzelnen aufgeschlüsselt werden.

Bochum im März 1997

Joachim Wolf

# Inhaltsverzeichnis

## *Erster Teil*

### **Grundlegung**

§ 1	Gegenstand und Entwicklung der Staatenhaftung für Privatpersonen .....	25
A.	Rechtliche und tatsächliche Ausgangslage.....	25
B.	Strukturelle Probleme.....	29
I.	Autonomie des Völkerrechts gegenüber nationalem Recht.....	31
II.	Vergebliche Suche nach einem "System" .....	32
C.	Gang der Untersuchung.....	35
§ 2	Grundbegriffe und Haftungsregime .....	37
A.	Verantwortlichkeit und Haftung.....	37
I.	Verantwortlichkeit.....	38
1.	Terminologische Fragen .....	38
2.	Rechtsregime .....	41
II.	Haftung.....	43
1.	Terminologische Fragen .....	43
2.	Rechtsregime .....	44
(a)	Deliktisches Haftungsregime .....	44
(aa)	Verschuldenshaftung.....	45
(bb)	Erfolgshaftung.....	45
(b)	Nicht-deliktische Haftungsregime .....	46
(aa)	Gefährdungshaftung .....	46
(bb)	Zustandshaftung .....	47
(c)	Haftung im vollstreckungsrechtlichen Sinne .....	48
3.	Primärhaftung und Sekundärhaftung.....	48
B.	Staat und Privatperson .....	50
I.	Staat.....	50
1.	Aktionsstatus "Staat" .....	51
2.	Funktionsstatus "Staat" .....	54
3.	Der Staat als "Zurechnungssubjekt" völkerrechtlicher Regeln.....	57
II.	Privatperson.....	59
§ 3	Die Zurechnungsproblematik.....	61
A.	Weichenstellung.....	61
I.	Zurechenbarkeit ("act of the state") .....	62
II.	Zurechnung (allgemeine Rechtslehre) .....	63

III.	Zurechnung durch Zuordnung zu verschiedenen Funktions- und Risikobereichen .....	64
B.	Deliktische Zurechnung (Zurechenbarkeit) .....	65
I.	Die Zurechenbarkeit aktiver Beteiligung staatlicher Stellen am privaten Delikt (Komplizenschaft) .....	66
II.	Die Zurechenbarkeit mangelnder Rechtsschutzgewährleistung und Strafverfolgung ("denial of justice") .....	68
III.	Die Zurechenbarkeit mangelnder "due diligence" bei der Verhinderung und Ahndung privater Verletzungshandlungen .....	69
IV.	Die Zurechnung des Völkerrechtsverstoßes .....	71
C.	Nicht-deliktische Zurechnungsformen .....	73
I.	Grundsatz der Nichtzurechnung .....	73
II.	Haftung für Unfallsschäden .....	76
1.	Gefährdungshaftung .....	76
2.	Zustandshaftung .....	77
III.	Garantenhaftung aus staatlichen Regelungs- und Beaufsichtigungsdefiziten .....	77

## *Zweiter Teil*

### Konzeptionelle Grundlagen

Einführung .....	79
§ 4 Die Völkerrechtsdoktrin .....	82
A. Klassische Lehren (Grotius, Vattel) .....	82
I. Die Zurechnungslehre des Grotius .....	82
1. Strafrechtliche Zurechnung .....	83
2. Deliktische Zurechnung .....	84
II. Die Zurechnungslehre Vattels .....	86
III. Weichenstellungen .....	88
B. Staatenverantwortlichkeit "stricto sensu" (anglo-amerikanische Lehren) .....	90
I. Die Zurechnungsproblematik .....	92
1. Konstellationsfragen .....	92
2. Der Standard der Völkerrechtsverletzung .....	94
3. Die Zurechenbarkeit menschlicher Verhaltensweisen zum Staat .....	97
4. Einzelne Zurechenbarkeitskriterien .....	99
(a) Komplizenschaft .....	99
(b) "Denial of justice" .....	100
(c) Mangelnde "due diligence" .....	103
(d) Ultra vires-Handeln .....	105
5. Zusammenfassung .....	106
II. "Local Remedy Rule" .....	107
III. Vertragsverletzungen .....	110
IV. Gefährdungshaftung .....	110
V. Rechtsfolgen .....	111

C. Staatenverantwortlichkeit "lato sensu" (kontinentaleuropäische Lehren).....	113
I. Die Zurechnungsproblematik .....	114
1. Das Substrat normativer Zurechnungsoperationen: effektives Handeln für den Staat oder normativer Völkerrechtsverstoß.....	115
2. Grundsatz der Effektivität.....	117
3. Der Normverstoß: primärrechtlicher oder sekundärrechtlicher Norminhalt.....	119
II. Gefährdungshaftung .....	123
III. Rechtsfolgen.....	123
D. Positionen der Länder der Dritten Welt.....	125
I. Verankerung im allgemeinen Völkerrecht .....	126
II. Transnationale Wirtschaftsunternehmen.....	127
F. Zusammenfassende Kritik.....	129
I. Die Konturlosigkeit des völkerrechtlichen Organbegriffs.....	129
II. Die Zwiespältigkeit der Zurechnungsmethoden.....	133
III. Die Offenheit von Haftungsgrund und Haftungs Voraussetzungen.....	135
IV. Der mangelnde Nachweis für die Verankerung von Wiedergutmachungspflichten des Staats im "act of the State".....	139
§ 5 Kodifikationsarbeiten.....	142
A. Der ILC-Entwurf einer Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Handlungen.....	143
I. Privatpersonen .....	143
II. Zurechenbarkeitssystem.....	144
1. Kontradiktorisches Regelungssystem .....	144
2. Die Unterlassungsproblematik.....	148
(a) Tatsächliche oder normative Unterlassungen.....	150
(b) "Related to" in Art. 11 Abs. 2 .....	152
(c) Keine eindeutige systematische Einordnung.....	153
III. Sekundärrechtliche Aspekte der Pflichtverletzung .....	155
1. Pflichtstruktur (Art. 19, 20, 21 und 23).....	157
(a) Handlungs- und Erfolgspflichten (Art. 20, 21).....	157
(b) Verhinderungspflichten .....	160
2. Der ungelöste Standort mangelnder "due diligence".....	161
3. Zeitliche Modalitäten der Pflichtverletzung .....	163
IV. Rechtsfolgenregelung .....	164
1. Konzeption .....	165
2. Bilaterales und multilaterales Rechtsfolgenregime .....	166
3. Das offene Problem sekundärrechtlicher Berücksichtigung privater Schadens- und Verletzungshandlungen im Rechtsfolgenbereich.....	168
B. Die Entwurfsarbeiten der ILC einer "Haftung der Staaten für schädigende Folgen aus völkerrechtlich nicht verbotenen Tätigkeiten" .....	170
I. Geltungsbereich .....	172
II. Zurechnung.....	173
III. Primärpflichten.....	174
1. Quentin-Baxter .....	174
2. Barboza.....	175

IV.	Offenheit der "due diligence"-Frage .....	178
V.	Schadensausgleichsregime.....	179
VI.	Das systematische Verhältnis zum "Responsibility"-Projekt .....	180
1.	Materielles Recht - Verfahrensrecht.....	181
2.	Einwände gegen die systematische Selbständigkeit des "Liability"-Projekts .....	185
§ 6	Handlungen von Privatpersonen im Schnittpunkt unterschiedlicher völkerrecht- licher Haftungssysteme (eigene Position).....	189
A.	Amtshaftung und originäre Staatshaftung .....	192
I.	Derivative Amtshaftung.....	194
1.	Anknüpfungspunkt: Amtsträger.....	196
2.	Das Amtsträgerdelikt ("injury") .....	198
(a)	Übergeordnete und untergeordnete Staatstätigkeit.....	198
(b)	Ultra vires-Akte .....	202
(c)	Spezielle Haftungsvoraussetzungen .....	202
3.	Zurechenbarkeit .....	205
4.	Deliktsfolgen.....	207
II.	Originäre Staatshaftung .....	207
B.	Die Staatenhaftung für Privatpersonen aufgrund einer Störung in den internationalen Beziehungen .....	210
I.	Strukturelemente einer Staatenhaftung für internationale Störungen durch Privatpersonen .....	211
1.	Störung .....	212
2.	Ordnungsgrundlagen im Territorialitätsprinzip.....	214
3.	Ordnungsgrundlagen in den Menschenrechten und in der Völker- gemeinschaft .....	217
4.	Drittrichtung der Staatenhaftung für private Störungen.....	219
II.	Internationale Störungen durch Privatpersonen im Tatbestand der Unrechtmäßigkeit .....	221
1.	Überschneidung.....	221
2.	Deliktisch verletzbare Völkerrechtspositionen.....	222
3.	Zustand der Unrechtmäßigkeit.....	223
4.	Vertretenmüssen (Mangel an "due diligence").....	226
III.	Internationale Störungen durch Privatpersonen in Tatbeständen der Zufalls- und Gefährdungshaftung .....	230
C.	Rechtliche Anknüpfungspunkte der Staatenhaftung für Privatpersonen .....	231

### *Dritter Teil*

#### **Die Staatenhaftung für Privatpersonen in der Völkerrechtspraxis**

§ 7	Klassisches Fremdenrecht und seine Fortentwicklung .....	234
A.	Überblick.....	234
B.	Unrechtshandlungen gegenüber Ausländern ("injuries to aliens") .....	236
I.	Privates Unrecht.....	236

1.	Staatlicher Sorgfaltsmangel bei Verletzungen des Lebens, der körperlichen Unversehrtheit, der Gesundheit und der Freiheit der Person .....	236
2.	Staatliche Schutzpflichten bei Verletzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte .....	245
3.	Schadenserfordernis .....	247
II.	Kausalitätserfordernis .....	249
III.	Vorherige Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs ("Local Remedy Rule") .....	253
IV.	"Denial of Justice" .....	258
V.	Wiedergutmachung .....	259
C.	Konventionsrechtliche Staatenhaftung für Verletzungen von Menschenrechten durch Privatpersonen .....	266
I.	Überblick .....	266
II.	Antirassismuskonvention .....	268
1.	Drittrichtungsscharakter .....	268
2.	Das Schadenserfordernis .....	270
3.	Haftungsfolgen .....	271
III.	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte .....	273
1.	Drittrichtungsscharakter .....	273
2.	Das Schadenserfordernis .....	275
3.	Haftungsfolgen .....	276
IV.	Europäische Menschenrechtskonvention .....	281
1.	Drittrichtungsscharakter .....	281
2.	Das Schadenserfordernis .....	286
3.	Die Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs .....	288
4.	Haftungsfolgen .....	291
V.	Amerikanische Menschenrechtskonvention .....	297
1.	Drittrichtungsscharakter .....	297
2.	Das Schadenserfordernis .....	305
3.	Haftungsfolgen .....	305
D.	Die Staatenhaftung für Ausländerfeindlichkeit, die Entstehung internationaler Flüchtlingsströme und systematische Menschenrechtsverletzungen .....	307
I.	Ausländerfeindlichkeit .....	308
II.	Die Entstehung internationaler Flüchtlingsströme .....	315
1.	Resolutionspraxis der Vereinten Nationen .....	316
2.	Staatenpraxis außerhalb der Vereinten Nationen .....	318
3.	Die Staatenhaftung für internationale Störungen durch Flüchtlingsströme .....	323
III.	"Consistent Pattern of Gross Violations of Internationally Recognized Human Rights" .....	327
1.	Die Praxis des Wirtschafts- und Sozialrats auf der Grundlage von Resolution 1503 (1970) .....	327
2.	"Ständige Verwaltungspraxis" nach der Europäischen Kommission für Menschenrechte .....	329
3.	Das Restatement (3rd) des American Law Institute .....	331
E.	Zusammenfassung .....	339
I.	Die materiellen Haftungsregeln .....	339
1.	Fremdenrecht .....	339



(a) Komplizenschaftshaftung.....	340
(b) Haftung für Sorgfaltsmängel ("due diligence"-Haftung).....	340
(c) Haftung für Rechtsverweigerung ("denial of justice").....	340
2. Konventionsverletzungen.....	341
3. Ausländerfeindlichkeit.....	343
4. Internationale Flüchtlingsströme.....	344
5. "Consistent pattern of gross and reliably attested violations of human rights and fundamental freedoms" .....	344
II. Systematische Einordnung.....	345
1. Einzelne Haftungstatbestände .....	346
(a) Keine "Subsysteme", kein "self-contained regime".....	346
(b) Haftung statt Verantwortlichkeit.....	349
2. Die Struktur der "due diligence"-Haftung.....	351
3. Drittstaatenrepressalien.....	354
§ 8 Die Haftung für mangelnden Schutz ausländischer Diplomaten und für Schäden während revolutionärer Unruhen.....	357
A. Unverletzlichkeit diplomatischer Missionen und diplomatischer Vertreter.....	357
I. Der Sorgfaltsmaßstab.....	359
II. Haftungsfolgen .....	362
III. Berichtsverfahren.....	364
B. Die Staatenhaftung für Schäden von Ausländern bei inneren Unruhen und Aufständen .....	366
I. Iran-US Claims Tribunal.....	367
II. Zurechenbarkeit .....	370
III. Zurechnungssubjekt "Staat".....	379
C. Zusammenfassung.....	381
I. Die materiellen Haftungsregeln .....	382
II. Systematische Einordnung.....	382
§ 9 Völkerrechtlich verbotene Gewaltanwendung durch Privatpersonen .....	387
A. Verbotene direkte und indirekte Formen der Gewaltanwendung durch Privatpersonen.....	387
I. Die einschlägigen Haftungsregeln .....	388
II. Die Rechtsprechung des IGH.....	389
1. Contras.....	391
2. UCLAs.....	392
3. Vereinigte Staaten, US-Personal .....	393
4. Abhängigkeit der Zurechnungsoperation vom Deliktstatbestand.....	394
5. Haftungsfolgen.....	396
III. Selbstverteidigung gegen indirekte Angriffe und Abwehr privater Ge- walt gegen Staatsangehörige im Ausland.....	400
1. Selbstverteidigung gegen indirekte Gewaltanwendungen .....	400

(a) Die Grundregel des Verbots, vom eigenen Territorium ausgehende Gewalthandlungen von Privatpersonen gegen einen anderen Staat zu dulden .....	401
(b) Palästina .....	402
(c) Suez-Kanal .....	404
(d) Korfu-Kanal .....	406
(e) Portugal - Südafrika .....	408
(f) Israel - PLO .....	408
2. Die Befreiung eigener Staatsangehöriger im Ausland .....	413
(a) Kongo-Unruhen .....	413
(b) Dominikanische Republik .....	414
(c) Entebbe .....	415
(d) Teheraner Geiselaftaire .....	416
(e) Unwidersprochene Aktionen .....	419
3. Haftungsfolgenregime .....	419
B. Söldneraktivitäten .....	423
I. Söldnerdefinition .....	424
II. Staatenverpflichtungen .....	425
III. Das konventionsrechtliche Konzept der Staatenhaftung für Söldner .....	427
C. Internationaler Terrorismus .....	428
I. Terrorismusdefinition .....	429
II. Bewaffneter Angriff oder Aggression durch Terrorakte .....	431
III. Verbot der Duldung vom eigenen Territorium ausgehender völkerrechtswidriger Aktionen .....	434
1. Texas Cattle Claims .....	434
2. Pflicht zur polizeilichen Kooperation .....	440
3. Verdeckte Geheimdienstoperationen .....	442
IV. Pflicht zur Verhinderung, Verfolgung und Bestrafung .....	444
V. Konventionsrechtliche Entwicklung .....	447
1. "Internationaler Terrorismus" .....	448
2. Beteiligungsformen .....	449
3. Verletzung staatlicher Konventionspflichten .....	451
D. Zusammenfassung .....	454
I. Die materiellen Haftungsregeln .....	455
1. Bewaffneter Angriff .....	455
2. Verstöße gegen das Gewaltverbot .....	456
3. Verstöße gegen das Interventionsverbot .....	457
4. Die "due diligence"-Haftung des Staats für vom eigenen Territorium ausgehende feindliche Gewalthandlungen gegen andere Staaten durch Privatpersonen .....	458
5. Internationaler Terrorismus .....	459
II. Systematische Einordnung .....	460
1. Besondere Tatbestände .....	460
2. "Due diligence"-Haftung .....	462
3. Die Pflicht zur Beendigung der Völkerrechtsverletzung .....	464
§ 10 Die Staatenhaftung für private Aktivitäten mit grenzüberschreitenden und internationalen Umweltfolgen .....	466
A. Stationen auf dem Weg zum heutigen Umweltvölkerrecht .....	466

I.	Die Stockholmer UN-Umweltkonferenz (1972) .....	467
II.	Konventionsrechtliche Entwicklung .....	469
III.	Shared Resources Principles (1978) und Weltcharta für die Natur (1982) .....	472
IV.	Die UN-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro (1992) .....	473
V.	Allgemeine Zurechnungsregel (Grundprämisse) .....	477
B.	Die grundsätzliche Geltung deliktischer Wiedergutmachungsregeln im Umweltvölkerrecht .....	479
I.	Die Anerkennung allgemeinen Deliktsrechts durch die staatliche, gerichtliche und schiedsgerichtliche Praxis in Umwelthaftungsfällen .....	481
1.	Die deliktische Staatenhaftung für Privatpersonen .....	481
2.	Die "klassischen" Fälle .....	481
(a)	Der Trail Smelter-Schiedsspruch zwischen USA und Kanada .....	482
(b)	Die Übernahme des Trail Smelter-Schiedsspruchs in der gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Praxis .....	483
(c)	Der Lac Lanoux-Fall .....	485
3.	Deliktsrechtliche Wiedergutmachung im Umweltrecht .....	486
(a)	Wiedergutmachung der Rechtsverletzung, nicht der Pflichtverletzung .....	486
(b)	Völkerrechtlich ungeeignete zivilrechtliche Rechtsgüterlehre .....	487
(c)	Konkreter Schadensbegriff .....	492
4.	Beschränkungen des Deliktsrechts auf "erhebliche" Schäden? .....	498
II.	Vielfältige Haftungsgründe - der nachträgliche Streit um die "klassischen" Entscheidungen .....	502
1.	Zweifel an der Geeignetheit des Deliktsrechts im Umweltrecht .....	502
2.	Deliktshaftung - Gefährdungshaftung .....	504
3.	Völkerrechtlich determiniertes Nutzungsregime .....	507
C.	Weiterentwicklung des Deliktsrechts und Suche nach neuen Haftungsregeln: Weichenstellungen im heutigen Umweltvölkerrecht .....	513
I.	Verobjektivierung des Verschuldensmerkmals .....	513
II.	Der sogenannte ökologische Schadensbegriff .....	516
1.	Behandlung als ziviler Sach- oder "Objektschaden" .....	518
2.	Behandlung als "reiner" Umweltschaden .....	524
III.	Schadensminderung, Prävention und Vorsorge .....	528
1.	Neue Sachregeln außerhalb des Haftungsrechts .....	528
2.	Das "Precautionary Principle" .....	529
D.	Die "due diligence"-Haftung des Staats für grenzüberschreitende Umweltschäden durch Privatpersonen .....	531
I.	Die Verankerung der umweltrechtlichen "due diligence"-Haftung im allgemeinen Völkerrecht .....	532
II.	Systemelemente umweltrechtlicher "due diligence"-Haftung .....	534
1.	Territoriale staatliche Umweltaufgaben .....	535
2.	Grund oder Gefahr eines grenzüberschreitenden Umweltschadens .....	541
(a)	Kenntnis und Kennenmüssen: Basisanforderungen an territorialstaatliche Umweltaufgaben .....	541
(b)	Der Zusammenhang zwischen aufgabenaktualisierender behördlicher Kenntnis und "due diligence"-Haftung .....	544
(c)	Ständige Verschmutzungsquellen .....	545
(d)	Umweltunfälle .....	547
3.	Schadenseintritt .....	548

4. Staatlicher "due diligence"-Mangel .....	550
(a) Objektiver Standard der Aufgabenerledigung .....	551
(aa) Standards für den Umgang mit ständigen Verschmutzungsquellen .....	552
(1) Der Standard ordnungsgemäßer Staatsverwaltung .....	553
(2) Der sog. völkerrechtliche oder internationale Standard ...	555
(3) Der internationale Standard fachmännischer und technischer Üblichkeit .....	556
(4) Der internationale Standard erhöhter Haftung bei der Schaffung ständiger Schadensquellen in Grenznähe .....	557
(bb) Objektiver Standard bei Umweltunfällen .....	558
(1) Vertraglich vereinbarte technische Standards .....	558
(2) Der internationale Standard üblicher Sicherheits- und Betriebstechnik .....	559
(3) Der internationale Standard der Zuverlässigkeit des verantwortlichen Personals .....	559
(4) Der internationale Standard erhöhter Haftung bei Schaffung von abnormen Gefahrenpotentialen in Grenznähe .....	560
(b) Aus den konkreten Umständen des Falles belegbarer staatlicher Sorgfaltsverstoß .....	563
(aa) Ständige Verschmutzungsquellen .....	563
(bb) Umweltunfälle .....	564
5. Das Kausalitätsproblem .....	566
(a) Die Haftung für kausale Sorgfaltsmängel bei ständigen Verschmutzungsquellen .....	567
(b) Die Gefahrtragungshaftung für Zufallsschäden bei Umweltunfällen .....	569
6. Haftungsfolgen .....	572
E. Weiterentwicklungen des Haftungsrechts durch globale und regionale Umweltkonventionen .....	575
I. "Sustainable development": Neuprogrammierung des Umweltvölkerrechts auf der Rio-Konferenz .....	577
1. Die Rio-Deklaration .....	578
(a) "Nachhaltige Entwicklung" .....	579
(b) Neuprogrammierung des Umweltvölkerrechts .....	582
2. Agenda 21 .....	583
(a) Struktur .....	583
(b) Keine unmittelbare Durchsetzungsverantwortung von Industrie und privaten Unternehmen .....	585
3. Finanzierungsmechanismus .....	587
4. Institutionalisierung .....	589
II. Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 9. Mai 1992 .....	590
1. Gegenstand und Ziel .....	591
2. Institutioneller Rahmen .....	592
3. Regimeprogrammatik .....	593
(a) Politisches oder rechtsverbindliches Stabilisierungsziel? .....	593
(b) Grundsätze nach Art. 3 .....	594
(c) Verpflichtungen nach Art. 4 .....	595
4. Implementierungsmethoden .....	599
(a) Die Durchsetzung des Stabilisierungsziels .....	599

	(a) "Joint implementation" .....	601
	(b) "Precautionary"-Prinzip .....	603
5.	Haftung und Streitbeilegung .....	605
	(a) Verletzbarkeit der Konvention .....	606
	(b) Risikoansatz .....	607
III.	Das internationale Regime zum Schutz der Ozonschicht .....	610
1.	Gegenstand und Ziel .....	611
2.	Institutionelle Basis .....	612
3.	Regelungsprogramm .....	613
	(a) Reduzierungs- und Ausstiegsprogramm .....	614
	(b) Entwicklungsauftrag .....	616
	(c) Kontrolle des Handels mit Nicht-Protokollstaaten .....	617
4.	Implementierungskonzept .....	618
	(a) Kalkuliertes nationales Niveau (Art. 3) .....	619
	(b) "Non-Compliance Procedure" (NCP) .....	620
5.	Haftung und Streitbeilegung .....	622
IV.	Die Konvention über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung von 1979 .....	627
1.	Entstehung .....	627
2.	Institutionelle Entwicklung .....	628
	(a) Protokollpraxis .....	628
	(b) EMEP (European Monitoring and Evaluation Programme) .....	629
3.	Programmatik .....	630
	(a) Schwefeldioxidemissionen (Helsinki-Protokoll) .....	630
	(b) NO <sub>x</sub> -Emissionen (Sofia-Protokoll) .....	631
	(c) VOC-Emissionen (Oslo-Protokoll) .....	633
	(d) Grenzen des absoluten Reduzierungskonzepts der ersten Protokollgeneration .....	634
	(e) Die zweite Protokollgeneration .....	635
4.	Durchführungs- und Haftungsfragen .....	637
	(a) Quantitative Reduzierung .....	637
	(b) "Critical Load" .....	638
	(c) "Critical Level" .....	640
V.	Die Entwicklung einer Haftung für Umweltschäden im Rahmen des Antarktisregimes .....	641
1.	Das Haftungsregime der CRAMRA .....	643
2.	Das Umwelthaftungsregime nach dem Madrider Protokoll .....	645
	(a) Schadensbegriff .....	646
	(b) Haftungskonzept .....	647
	(c) "Response Action" und Haftungsfolgen .....	649
	(d) Geschädigter .....	649
3.	Umriss eines antarktischen Risikohaftungsregimes .....	651
	(a) Risikoansatz .....	652
	(b) Vorsorgesystem (UVP-Prüfung) .....	652
	(c) Lastenverteilung .....	653
	(d) Fazit .....	655
VI.	Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt vom 5. Juni 1992 .....	656
1.	Gegenstand und Ziel .....	656
2.	Institutionelle Basis .....	658
3.	Regelungs- und Implementierungsprogramm .....	658
4.	Durchsetzungsmechanismus und Lastenverteilung .....	660
5.	Haftung und Streitbeilegung .....	665

VII.	Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutz-übereinkommen - CITES, 1973).....	667
1.	Gegenstand und Zielsetzung.....	668
2.	Institutionelle Grundlagen.....	668
3.	Regelungs- und Implementierungsprogramm.....	669
(a)	Listen- und Erlaubnissystem.....	669
(b)	Listenergänzung.....	671
(c)	Handel mit Nicht-Vertragsstaaten.....	672
(d)	Grundsatz nationaler Souveränität im Bereich der Durchführung des Übereinkommens.....	672
4.	Risiko- und Haftungsfragen.....	673
(a)	Risikovororge.....	673
(b)	Handelsbeschränkung.....	675
VIII.	Mariner Umweltschutz (UNCLOS III).....	681
1.	Kapitel XII SRK als marine Umweltverfassung.....	683
2.	Der Auftrag zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt im XII. Teil der SRK.....	688
(a)	Allgemeine Bestimmungen.....	690
(b)	Spezifische Schadens- und Risikoquellen.....	692
(aa)	Dumping.....	695
(bb)	Meeresverschmutzung durch Schiffe.....	696
(c)	Die Durchsetzung nationaler Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen (Art. 213 bis Art. 222).....	696
(aa)	Die Durchsetzung des marinen Umweltschutzes bei landgestützten Verschmutzungsquellen.....	698
(bb)	Die Durchsetzung von Dumpingvorschriften (Art. 216).....	699
(cc)	Durchsetzungsmaßnahmen hinsichtlich der Meeresverschmutzung durch Schiffe (Art. 217 bis 221).....	701
3.	Verantwortlichkeit und Haftung.....	700
(a)	Erste Dimension.....	702
(b)	Zweite Dimension.....	706
(c)	Dritte Dimension.....	710
IX.	Haftungsfolgen aus der Nichtbeachtung von Informationspflichten.....	711
1.	Allgemeine Informationspflicht zur Verhinderung von Schäden durch Warnung von Umweltgefahren.....	712
2.	Haftungsbezogene Informations- und Verhandlungspflichten.....	717
(a)	Informationspflichten bei geplanter Umweltbeeinträchtigung.....	718
(b)	Haftungsfolgen und Abgrenzungsfragen.....	724
X.	Die Staatenhaftung für Umweltschäden auf der Grundlage multilateraler Zivilhaftungskonventionen.....	725
1.	Atomschäden.....	727
(a)	Das materiellrechtliche Regime.....	728
(b)	Die völkerrechtlichen Haftungsimplicationen.....	730
2.	Sonderhaftungsregime der Atomsechiffahrt.....	733
(a)	Das materiellrechtliche Regime.....	734
(b)	Die völkerrechtlichen Haftungsimplicationen.....	736
3.	Die Zivilhaftungskonventionen für Ölverschmutzungsschäden.....	737
(a)	Das materiellrechtliche Regime.....	738
(b)	Die völkerrechtlichen Haftungsimplicationen.....	739
4.	Das Verhältnis der Zivilhaftungskonventionen zur völkerrechtlichen Staatenhaftung.....	741

(a) Ausschuß oder Verzicht auf völkerrechtliche Ansprüche .....	742
(b) Von Zivilhaftungskonventionen nicht erfaßte Haftungsfolgen .....	743
XI. Der Beitrag der konventionsrechtlichen Entwicklung zur Systematisierung des Umweltvölkerrechts und zum Ausbau allgemeiner Haftungsregeln .....	745
1. Bestätigung und Voraussetzung allgemeiner Haftungsregeln .....	745
2. Neuordnung des Umweltvölkerrechts durch globale Rechtsregime .....	747
(a) Übereinstimmende Kriterien der Regimebildung .....	748
(b) Rechtsregime durch globalen Regelungs- und Verwaltungsauftrag im staatsrechtlichen Sinne .....	749
3. Die Merkmale des Rechtsregimes im einzelnen .....	749
(a) Globalisierte Umweltschutzaufgabe .....	749
(b) Institutionalisation .....	750
(c) Regelungs- und Verwaltungsaufträge .....	750
(d) Rechtlich-programmatische Regimesteuerung .....	751
4. Regimegebundene Implementierungsverfahren und Haftungsregeln .....	755
(a) Implementierungsverfahren .....	756
(b) Regimegebundene Haftungsregeln .....	758
(aa) Störung contra "non-compliance" .....	759
(bb) Der Haftungsgrund: zurechenbare Implementierungsstörung .....	762
(1) Vergleichbare kooperative Staatenpraxis .....	763
(2) "Precautionary principle" .....	763
(3) Zurechnung .....	764
(cc) Haftungsfolgen .....	765
(4) Sanktionsentscheidungen der CoP .....	765
(5) Regimeinterne Sanktionsmechanismen .....	766
(6) Drittstaatensanktionen .....	767
F. Zusammenfassung .....	767
I. Die materiellen Haftungsregeln .....	768
1. "Due diligence"-Haftung .....	768
(a) Ständige Emissionsquellen .....	768
(b) Umweltunfälle .....	768
2. Deliktische Verschuldenshaftung .....	769
3. Haftungsrechtliche Informations- und Kooperationspflichten .....	769
4. Das konventionsrechtliche System regimegebundener Haftung für Kooperationsstörungen aufgrund zurechenbarer Implementierungsdefizite .....	770
5. Konventionsrechtliche Tatbestände der Gefährdungshaftung .....	770
II. Systematische Einordnung .....	771
1. Die "due diligence"-Haftung als eigenständige umweltrechtliche Haftungsgattung .....	771
(a) Der Deliktcharakter der "due diligence"-Haftung für ständige Verschmutzungsquellen .....	772
(b) Die "due diligence"-Haftung für Umweltunfälle .....	773
2. Informations-, Verhandlungs- und Kooperationspflichten .....	774
3. Die konventionsrechtliche Öffnung für eine nichtkompensatorische Umwelthaftung .....	775
4. Die überschätzte Bedeutung staatlicher Gefährdungshaftung .....	776

Inhaltsverzeichnis	23
--------------------	----

*Vierter Teil*

<b>Ergebnis</b> .....	778
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	787
<b>Dokumente</b> .....	808
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	811





## *Erster Teil*

# **Grundlegung**

## **§ 1 Gegenstand und Entwicklung der Staatenhaftung für Privatpersonen**

Die Gründe für die globalen Herausforderungen unserer Zeit liegen zunehmend weniger im politisch-militärischen Konfliktpotential rivalisierender Staaten. Beherrschende Gefahrenquellen sind heute vielfältige Formen der Umweltzerstörung, Klimaveränderungen durch exzessive Nutzung natürlicher Lebensgrundlagen, die Entstehung internationaler Flüchtlingsströme aus Ländern mit Bürgerkriegssituationen oder wirtschaftlichen Notlagen, der internationale Terrorismus und die Unterwanderung staatlicher Ordnung durch organisiertes Verbrechen. Um die Bewältigung dieser Gefahren durch die Staaten geht es, aber die Staaten sind nicht ihre primären Urheber. Privatpersonen nehmen als Einzelne, als organisierte Gruppen und als rechtlich verselbständigte Unternehmen und Organisationen neben den Staaten auf weite Bereiche des internationalen Lebens Einfluß.

### **A. Rechtliche und tatsächliche Ausgangslage**

Im Recht der Staatenhaftung gab es seit jeher Regeln, welche in bestimmten Fällen die Haftung des Staates für Handlungen von Privatpersonen vorsahen. Große praktische Bedeutung haben diese Haftungsregeln nie erlangt, so lange das Völkerrecht im wesentlichen auf die politischen Beziehungen von Staat zu Staat begrenzt war. Einem Staat, so lautet das unveränderte Dogma, können nur Handlungen und Unterlassungen seiner eigenen Organe und Amtsträger zugerechnet werden, nicht dagegen Handlungen von Privatpersonen<sup>1</sup>. Zu einem zen-

---

<sup>1</sup> Aus der Rechtsprechung vgl. den Schiedsspruch *Bagge's* im *Finnish Shipowner's-Fall* (1934), RIAA 3, 1501; *Korfu Kanal*, ICJ Reports 1949, 18; *United States Diplomatic and Consular Staff in Tehran*, ICJ Reports 1980, 30; *British Property in Spanish Morocco* (1925), RIAA 2, 709 f.; *Janes* (1925), RIAA 4, 86; *Kennedy* (1927), RIAA 4, 194; *Lovett, Moore, Arbitrations*, vol. 3, 2991; *Oberlander and Messenger (US v. Mexiko)*, *US Foreign Relations* (1897), 387. Aus dem Schrift-

tralen Prinzip der Staatenhaftung wurde diese Nichtzurechenbarkeit privater Tätigkeiten durch die von Grotius aus dem Römischen Recht in das Völkerrecht übernommene Regel: "Keine Haftung ohne eigene Schuld"<sup>2</sup>. Damit war eine Weichenstellung vollzogen, bei der es in den Grundlagen bis heute geblieben ist, trotz eines völlig neuen Verschuldensbegriffs und trotz zahlreicher sonstiger Modifikationen beim Schadenserfordernis und im Bereich der Kausalität. Die strikte Nichtzurechenbarkeit privaten Handelns zum Staat schließt eine deliktsrechtliche Verantwortlichkeit des Staates für Handlungen von Privatpersonen nach verbreiteter Auffassung schon im Ansatz aus<sup>3</sup>. Stattdessen ist von Staatenhaftung "im Zusammenhang mit", "aufgrund von", "anlässlich" privater Handlungen etc. oder von "Privatpersonen als Verursacher völkerrechtlicher Delikte"<sup>4</sup> die Rede, alles aus dem Bemühen gewählte Formulierungen, die außerstaatliche Tätigkeit Privater als Deliktsgrundlage zu umgehen, obwohl an ihr als faktische Schädigungsgrundlage festgehalten wird. Nicht die private Tat und ihre Folgen sollen die völkerrechtliche Haftung des Staates tragen, sondern dessen eigene Verfehlungen: mangelndes Einschreiten und mangelnde tatsächliche Kontrolle, fehlende bzw. unzureichende rechtliche Regelungen, Versäumnisse bei der gerichtlichen Ahndung und Verfolgung der Täter usw. Die allgemeinen Regeln über das Völkerrechtsdelikt sind beherrscht von dem Satz: jede einem Staat zurechenbare Völkerrechtsverletzung begründet die Pflicht dieses Staates zur Wiedergutmachung des begangenen Unrechts<sup>5</sup>, gleichgültig, ob es sich um

---

tum vgl. *Jiménez de Arechaga*, 189 RdC (1978 I), 283; *Mössner*, Privatpersonen als Verursacher völkerrechtlicher Delikte, 63 ff.; *Kimminich*, Völkerrechtliche Haftung für das Handeln Privater, 241; *Gusy*, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Staaten für Handlungen Privater, 585; *Epiney*, Aktionen Privater, 106 ff.; *Sperduti*, in: Bernhardt (ed.), EPIL, Responsibility of States for Activities of Private Law Persons; *Wolf*, Zurechnungsfragen, 232.

<sup>2</sup> *Grotius*, De iure belli ac pacis, 2. Buch Kap. 17: "That any one without any fault of his own, is bound by the acts of his agents, is not a part of the law of nations". Und im 21. Kapitel des 2. Buches heißt es: "A civil community, like any other community, is not bound by the act of an individual member thereof, without some act of its own, or some omission". *Lauterpacht* (Private Law Sources and Analogies of International Law, 1970, 135) identifiziert das staatliche Verschulden mit den von Grotius angeführten Sondertatbeständen "patientia" und "receptus". "This 'fault of his own'" meint Lauterpacht, "lies in patientia and receptus, i.e. in the sharing in the crime by 'allowing' or 'receiving'". Zu den Problemen des Verschuldensbegriffs s. unten 2. Teil, § 4 A I und § 5 A II.

<sup>3</sup> *Brownlie*, State Responsibility, 163; *Gusy*, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Staaten für Handlungen Privater, 585.

<sup>4</sup> *Mössner*, Privatpersonen als Verursacher völkerrechtlicher Delikte, 63; *Amerasinghe*, Injuries to Aliens, 93.

<sup>5</sup> So die ständige internationale Rechtsprechung, vgl. StGH im Chorzow Factory-Fall, PCIJ Ser.A No. 17, 17; *Dickson Car Wheel Company*, RIAA 4, 678; *Armstrong Cork Company*, RIAA 14, 163; *International Fisheries Company*, RIAA 4, 701; *Zemanek*, in: Bernhardt (ed.), EPIL, Responsibility of States: General Principles, 362.

die Verletzung vertraglicher oder außervertraglicher Staatenpflichten handelt. Dieselbe Grundregel wird auch den Haftungsfällen anlässlich von Handlungen Privater zugrundegelegt, durch welche andere Staaten in Form grenzüberschreitender physischer Auswirkungen oder durch die Verletzung ihrer Staatsangehörigen unter fremder Jurisdiktion zu Schaden kommen. Deliktsrechtlich zentral ist in jedem Fall eine dem in Anspruch genommenen Staat zurechenbare eigene Völkerrechtsverletzung.

Ein Blick auf die Realität internationaler Verflechtungen läßt Zweifel aufkommen, ob eine solche deliktsrechtliche Konzeption als generelle Grundlage für ein völkerrechtliches Haftungsregime noch geeignet ist. Diese Zweifel knüpfen an die vielfältigen faktischen, politischen und vertraglichen Involvierungen der Staaten in grenzüberschreitende und internationale Tätigkeiten privater Rechtssubjekte an. Wenn ersichtlich nicht mehr die Staaten selbst, sondern private Akteure einen von anderen Staaten erlittenen Schaden oder eine Störung in den internationalen Beziehungen ausgelöst haben, ist es dann noch angebracht, jede völkerrechtliche Haftung durch das Nadelöhr konkreter Verfehlungen und Versäumnisse der eigenen staatlichen Organe und Amtsträger zu zwingen? Dem Zuschnitt allgemeiner Deliktsregeln auf den Staat stehen heute nichtstaatlich-private Akteure gegenüber, die nach diesen Deliktsregeln selbst bedeutsame Einflüsse auf die Gestaltung internationaler Lebensverhältnisse haftungsrechtlich durch "ihren" Staat mediatisieren können. Das kann zu erheblichen Haftungsrestriktionen und Vorteilsverschiebungen führen. Zwar übernimmt kein Staat bereitwillig Haftungsrisiken, deren Verwirklichung und Ausmaß in den Folgen er nicht beeinflussen kann. Gerade hier liegen Unwägbarkeiten eines Handelns von Privatpersonen für den Staat. Weltweite private Aktivitäten einerseits und wirtschaftspolitische sowie außenpolitische Positionen der Staaten andererseits bewegen sich demgegenüber immer weiter aufeinander zu. Die Umwälzungen im Zuge des Untergangs der Sowjetunion und des Ende des kalten Krieges haben diese Entwicklung verstärkt. In den Bereichen des Welthandels, grenzüberschreitender Dienstleistungen und Investitionen, des Tourismus, der weltweiten Verkehrs- und Kommunikationsbeziehungen, erbringen private Unternehmen unverzichtbare Versorgungsleistungen in einer sich weiter integrierenden Weltwirtschaft. Für diese Leistungen verlangen und erhalten sie von den Staaten Subventionen, Risikobeteiligungen bei Exportgeschäften und vielfältige andere Formen der Unterstützung.

Über die Kehrseite dieser Entwicklung wird seit der Stockholmer Umweltkonferenz von 1972 mit dem Ziel einer Verstärkung völkerrechtlicher Haftungsregeln und der Herausbildung eines Umweltvölkerrechts international verhandelt. Teilerfolge auf diesem Weg haben die Gesamtentwicklung bisher nicht